

INFOPAPIER ZUR AGRARPOLITIK

Wir Freie Demokraten im Deutschen Bundestag begrüßen die zwischen Bundeskanzler, Bundeswirtschaftsminister und Bundesfinanzminister vereinbarten Änderungen zur Aufstellung des Haushalts 2024 in Bezug auf den Beitrag der Landwirtschaft.

Damit wurde eine praktikable und faire Lösung erzielt: Es kommt zu keiner Streichung der Kfz-Steuerbefreiung für die Landwirtschaft und zu keiner abrupten Streichung der steuerlichen Unterstützung von Agrardiesel.

Bundshaushalt 2024

Es ist insgesamt notwendig, dass wir im Haushalt priorisieren, um die breite Bevölkerung spürbar zu entlasten und die Weichen für die Zukunft stellen zu können. Wir entlasten mit dem Entlastungshaushalt Haushalt 2024 die arbeitende Mitte um rund 15 Milliarden Euro bei der Lohn- und Einkommensteuer. Industrie und Mittelstand werden von der Stromsteuersenkung (3 Milliarden Euro) und dem Wachstumschancengesetz profitieren. Mehrere Ministerien werden Milliarden einsparen – zum Beispiel das Arbeitsministerium, u.a. indem wir im Sozialstaat mehr Arbeitsanreize schaffen, um mehr Menschen in einen Job zu bringen.

Praktikable und faire Lösung für die Landwirtschaft

Allerdings hielten wir die ursprünglich geplante einseitige Belastung landwirtschaftlicher Betriebe für falsch. Die diskutierten Einsparvorschläge hätten die Landwirte hart getroffen, weshalb sie in der Form auch nicht zustimmungsfähig gewesen wären. Es ist gut, dass auf Druck von uns Freien Demokraten nun eine praktikable und faire Lösung gefunden wurde:

- **Die Kfz-Steuerbefreiung von Landmaschinen bleibt bestehen und das ist sinnvoll.** Der Wegfall der bisherigen Vergünstigung für die Forst- und Landwirtschaft bei der Kraftfahrzeugsteuer hätte nicht nur einen finanziellen, sondern auch einen hohen und unverhältnismäßigen bürokratischen Mehraufwand für die Betriebe bedeutet: Kfz-Kennzeichen hätten ausgetauscht, Plaketten neu ausgefertigt und Änderungen in der Zulassungsbescheinigung gebührenpflichtig vorgenommen werden müssen.
- **Eine sofortige und vollständige Streichung der Steuerbegünstigungen von Agrardiesel ist vom Tisch.** In diesem Jahr wird die vollständige Begünstigung für das Jahr 2023 gewährt. Erst dann werden die steuerlichen Vorteile schrittweise abgeschmolzen. Uns war und ist wichtig, dass die Begünstigungen allenfalls planbar wegfallen. Denn die Betriebe brauchen Planbarkeit und Sicherheit, um auf politische Maßnahmen adäquat reagieren zu können. Der nun vereinbarte, verlässliche schrittweise Pfad trägt dem Rechnung.

Weniger Bürokratie und Regulierung, mehr Praktikabilität

Wir Freie Demokraten setzen uns auch weiterhin für **weniger Bürokratie, weniger unnötige Regulierung und mehr Praktikabilität in der Agrarpolitik** ein. Landwirte sind Unternehmer und brauchen notwendige Handlungsspielräume, um ihre Betriebe zukunftsfest ausrichten zu können. Eine fachlich vernünftige Agrarpolitik hilft unseren Landwirten dabei mehr als die Abhängigkeit von Subventionen, in die sie in der Vergangenheit zu oft gedrängt wurden.

Bisherige Erfolge in der Agrarpolitik

Als Teil der Regierungskoalition haben wir abseits davon erreicht, dass drohende, einseitige Belastungen der Land- und Forstwirtschaft im europäischen Wettbewerb vermieden wurden. Konkret haben wir die Position der Betriebe in Deutschland gestärkt, indem wir unter anderem

- ein machbares Tierhaltungskennzeichen und Erleichterungen für Stallbauten im Baurecht eingeführt,
- die Biogasproduktion in der Energiekrise gestärkt und erleichtert,
- sachliche Entscheidungen bei Pflanzenschutzmitteln auf EU-Ebene, wie die Zulassung von Glyphosat, durchgesetzt,
- bessere Abschreibungen und mehr Möglichkeiten bei der steuerlichen Gewinnglättung im Wachstumschancengesetz auf den Weg gebracht,
- den Einsatz von Biokraftstoffen erhalten,
- die Verpflichtungen für Stilllegungen im Krisenjahr 2023 ausgesetzt,
- verursachergerechte Regelungen bei der Düngung angestoßen,
- den rein national geplanten, wettbewerbsverzerrenden, unsachlichen Maßnahmen bei der Tierhaltung ein Absage erteilt,
- Lösungen für ein realitätsgetreues, praktikables Bestandsmanagement beim Wolf erarbeitet haben,
- und im Bereich der Forstpolitik eine ideologiefreie Politik, die aktive und nachhaltige Waldbewirtschaftung ermöglicht, umsetzen.